

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 25.— Mk., vierteljährlich 75.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Zeile 5.— Mk., von 2000 bis 7.— Mk., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach def. Tarif, die 3-spaltige Reichsmark 15.— Mk., von 2000 bis 20.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis 17 Uhr. — Postfach Danzig 2945.
Erscheinung: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 164

Sonnabend, den 15. Juli 1922

13. Jahrgang

Der erste Einigungsschritt.

Arbeitsgemeinschaft bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Reichstagsfraktion der unabhängigen Sozialdemokratie haben gestern abend nach Vorbesprechung der beiderseitigen Fraktionsvorstände in getrennter Sitzung den übereinstimmenden Entschluß gefaßt, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen zusammenzuschließen. Dieser Beschluß wird im Laufe des Sonnabends der Regierung und den Reichstagsparteien offiziell bekannt gegeben werden.

Dieser Beschluß wird von den Berliner Blättern als ein Ereignis von großer politischer Tragweite angesehen. Ueber die Ausführung des Beschlusses werden sich laut „Vorwärts“ die beiden Fraktionsvorstände im Laufe des heutigen Tages ins Benehmen setzen. Wie das Blatt schreibt, ist es Zweck der Arbeitsgemeinschaft, zwischen den beiden Fraktionen das Maximum der möglichen Einigkeit zu verwirklichen. Die Selbstständigkeit der Fraktionen und der hinter ihnen stehenden Organisationen bestehe dabei noch weiter fort. Alle Wahrscheinlichkeit spreche jedoch für die Annahme, daß mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Weg zur dauernden Einigung betreten werde. Die Arbeitsgemeinschaft dürfte mehr bei den schwebenden politischen Entscheidungen als eine Einheit im Verhandeln und Handeln in Erscheinung treten.

In erster Linie dürfte dieser Zusammenschluß auch die der Regierungserweiterung nach links von den bürgerlichen Koalitionsparteien bereiteten Widerstände aus dem Wege räumen, da in der Koalitionsfrage beide Fraktionen geschlossen auftreten werden. Auch durch das Eingreifen des Reichspräsidenten scheint die Krise ihrer Lösung entgegengeführt zu werden. So wird gemeldet, daß der Reichspräsident, um die Auflösung des Reichstages zu vermeiden, voraussichtlich aus eigener Initiative eine Umbildung des Kabinetts vornehmen wird, und zwar durch die Aufnahme eines unabhängigen Sozialisten. Zentrum und Demokraten sollen nach den bisherigen Neußerungen aus diesen Parteien gegen einen Eintritt der Unabhängigen in die Regierung in dieser Form keine Einwände erheben. Der Widerstand gilt nach wie vor nur dem Eintritt der Unabhängigen als Fraktion in die Koalition. Dieser letzte Grund ist jedoch inzwischen durch die Bildung der Arbeitsgemeinschaft bereits hinfällig.

Nationalistischer Triumph in Polen.

Korfanty zum Ministerpräsidenten gewählt.

Die letzte polnische Regierungskrise ist von den Parteien der Rechten im schärfsten Sinne entschieden worden. Der Staatschef Pilsudski hatte sich unablässig bemüht, die beiden entgegengesetzten Richtungen durch ein Kompromiß näher zu bringen. Die Gegensätze, die zwischen der Rechten und Linken bestehen, erwiesen sich jedoch als unüberbrückbar. Daraufhin gab Pilsudski seine Bemühungen auf und überließ die Initiative zur Regierungsbildung wieder dem Sejm. Im Hauptauschluß lehnte die Rechte, die aus der „Nationalen Arbeiterpartei“ Zugang erhalten hatte, jede Kompromißlösung ab und schlug den oberösterreichischen Terrorhelden Korfanty vor. Mit 219 gegen 206 Stimmen wurde dieser dann auch zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Wahl dieses nationalistischen Gewaltpolitikers bedeutet eine offene Kampfansage an den Staatschef und an die Parteien der Linken. Die von Korfanty bisher gelebte und von seiner Tätigkeit in Oberschlesien noch hinlänglich bekannte Desparadepolitik läßt das Gegenteil einer gesunden politischen Entwicklung Polens befürchten. Die dauernde Regierungskrise in Polen ist damit in eine Sackgasse hineingeraten, wodurch eine günstige Lösung und ein Ausgleichen der Gegensätze nur erschwert werden. Da die von Korfanty erzielte Mehrheit nur 13 Stimmen beträgt und jeden Tag wieder kleine Verschiebungen eintreten können, so muß mit einem neuen Ausbruch der Krise gerechnet werden.

Wie aus einer Meldung aus Warschau hervorgeht, scheint der polnische Staatschef bereits die Konsequenzen aus der durch die Wahl Korfantys geschaffenen

Situation ziehen zu wollen. Pilsudski soll erklärt haben, daß die Wahl Korfantys zum Ministerpräsidenten mit seinen Ansichten über die innere Lage des Staates im Widerspruch stehe und daß er sich daher gezwungen sehen werde, in kürzester Zeit sein Amt niederzulegen. Für Danzig kann die, wenn auch nur vorübergehende Ministerlosigkeit des rücksichtslosen Annektionspolitikers Korfanty ebenfalls nur mit Verlangen erfüllt sein.

Attentat auf den französischen Ministerpräsidenten.

Gestern vormittag 11¼ Uhr wurde in Paris auf den Präsidenten Millerand, als dieser von der Parade zurückkehrte, ein Attentat verübt. Der Angreifer feuerte drei Revolvergeschosse auf den vermeintlichen Wagen Millerands ab, in dem sich jedoch nicht Millerand, sondern der Polizeipräsident befand, während Millerand in dem auf den Wagen des Polizeipräsidenten folgenden Wagen saß. Die Menge stürzte sich auf den Angreifer, der arg zugerichtet wurde, wandte sich dann dem Wagen des Präsidenten Millerand zu und rief: „Fahren Sie nicht weiter, man hat soeben geschossen“. Millerand, der das Attentat nicht bemerkt hatte, gab Anweisung, den Weg fortzusetzen. Nachdem er bei seiner Ankunft im Gasse von dem Anschlag in Kenntnis gesetzt worden war, wurde er vom Polizeipräsidenten beglückwünscht. Der Angreifer ist ein gewisser Gustav Bonvet. Er ist 20 Jahre alt, Zeichner in einer Automobilfabrik und gehört der kommunistischen Partei an. Er ist mehrfach vorbestraft und erklärte bei seiner Vernehmung, er habe geschossen, um die Aufmerksamkeit auf die Lage des Proletariats zu lenken.

Die Sabotage der Agrarier beginnt.

Für die Treue, mit der die Agrarier alle Bestrebungen zu hindern trachten, die auf eine Sicherstellung der Volksernährung zu erwerblichen Preisen hinauslaufen, ist eine Erklärung kennzeichnend, die der Reichslandbund zur Getreideumlage erklärt. Es heißt darin: „Auf die Unmöglichkeit der Durchführung der Getreideumlage ist vom Reichslandbund in der Öffentlichkeit, insbesondere in den Parlamenten sowie in Eingaben an die Regierung so häufig hingewiesen worden, daß wir hier auf Wiederholungen verzichten können. Wir beschränken uns darauf, festzustellen, daß nach unserer Überzeugung die Durchführung des Umlagegesetzes von schwerwiegenden Folgen begleitet sein wird. Folgen, für die nicht die Landwirtschaft, sondern allein die Regierung verantwortlich gemacht werden kann.“ Diese Erklärung war vollkommen überflüssig, denn ihr nicht die Absicht zugrunde liegt, die Ausbringung der Getreideumlage vor vornherein zu sabotieren. Es ist eine Unverfrorenheit, die ihres gleichen sucht, wenn die Agrarier die Folgen ihrer Sabotage außerdem noch der Regierung in die Schuhe schieben wollen. Das ganze Gebahren dieser Leute ist ein typisches Beispiel dafür, wie von deutschnationaler Seite Geseß und Recht „geachtet“ werden. Deffentlich klagen die Reaktionsären beweglich über den Mangel an Staatsautorität und ihr ganzes Wesen und Trachten läuft nur darauf hinaus, der Regierung nur alle erdenklichen Schwierigkeiten zu machen. Von Rechts wegen müßte sich die Staatsanwaltschaft mit diesen Treibern beschäftigen.

Die Suche nach den Rathenau-Mördern hat bisher noch keinen Erfolg gehabt. Gestern wurde eine Spur verfolgt, die nach Hannover führte. In der Nähe von Bethe stießen die Verfolger auf zwei Männer, auf die die Beschreibung der Kleidung der Täter paßte. Als sie von den Beamten angerufen wurden, flüchteten sie und gaben einige Schüsse auf die Verfolger ab. Die Landjäger erwiderten das Feuer und ver wundeten einen der Flüchtlinge leicht. Es gelang ihnen trotzdem zu entkommen. Ihre Verfolgung wird weiter fortgesetzt. Aus Braunschweig wird die Verhaftung zweier verdächtiger Männer gemeldet. Ebenso ist in der Pfalz die Verfolgung zweier verdächtiger Personen aufgenommen.

Das Pluczynski-Interview.

Zu der Erklärung, die der diplomatische Vertreter Polens bezüglich seines mehrfach erörterten Interviews gegeben hat, hat der Danziger Senat ein neues Schreiben an Pluczynski gerichtet. Es heißt darin: „In der formalen Seite der Angelegenheit glauben wir, daß es dem freien Ermessen jeder Regierung überlassen bleiben muß, je nach der Art des Einzelfalles zu Nachrichten, welche durch die Presse bekannt werden, offiziell Stellung zu nehmen. Der Senat hat gerade in dieser Hinsicht in der vergangenen Zeit einer außerordentlich großen Zurückhaltung sich befleißigt. Der Hinweis auf die Neußerung des Herrn Vizepräsidenten Dr. Zichm in Marienburg erscheint uns deswegen verfehlt, weil die völlig unrichtige Wiedergabe der Ansprache in der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ vom 1. Juni bereits am 2. Juni durch eine wahrheitsgetreue Wiedergabe des Wortlauts der Neußerung in derselben Zeitung wie in anderen Zeitungen berichtigt worden ist. Der Senat war bisher der Ansicht, daß diese Berichtigung dem aufmerksamen Leser der Danziger Presse nicht entgangen sein konnte. Die von Herrn Dr. Zichm tatsächlich gebrauchten Worte verstoßen in keiner Weise gegen die durch den Verfallener Vertrag für die Freie Stadt Danzig geschaffene Lage. Der Präsident des Senats hat auch bereits in der Sitzung des Volkstages diesen einwandfrei festgestellten Sachverhalt der Öffentlichkeit mitgeteilt, was gleichfalls durch die Presse bekannt geworden ist.“

Was nun die Erklärung Euer Hochwohlgeboren über das Interview mit dem Korrespondenten der „Gazeta Warszawska“ selber angeht, so stellt der Senat mit Befriedigung fest, daß alle die Stellen in dem Interview von Euer Hochwohlgeboren als unrichtig wieder gegeben bezeichnet sind, welcher entweder ein schiefes Bild von der völkerrechtlichen Stellung der Freien Stadt Danzig wie des diplomatischen Vertreters der Republik Polen geben oder eine Beleidigung der Regierung der Freien Stadt darstellen. Es muß daher von uns angenommen werden, daß alle diese Bemerkungen auf der freien Erfindung des Korrespondenten beruhen. Der Senat muß es sich selbstverständlich versagen, zu solchen taktlosen Neußerungen unverantwortlicher Personen Stellung zu nehmen.

Was schließlich die von Euer Hochwohlgeboren beliebte Verbindung der Frage des Interviews mit der Angelegenheit der Ausweisung polnischer Staatsangehöriger anbelangt, so kann der Senat einen Zusammenhang dieser beiden Sachen nicht erkennen und muß daher auch verziehen, sachlich eine Nichtigstellung zu geben oder ähnliche Behauptungen gleicher Art entgegenzustellen, um so mehr, als die Frage der Ausweisung noch Gegenstand der Verhandlung des Völkerbundrates ist.

Mit Rücksicht auf den Schlußsatz Ihres Schreibens vom 6. d. Mts. sieht sich der Senat genötigt, auch dieses Antworthreiben zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.“

Der gründliche Meinungsaustrausch, den das Interview ausgelöst hat, dürfte wohl auch auf polnischer Seite die Auffassung gestärkt haben, daß es im Interesse eines gedeihlichen Zusammenarbeitens beider Staaten besser ist, alle nur irgendwie zu Mißverständnissen Anlaß gebenden Anspielungen einer völkerrechtlichen Verbindung Danzigs mit Polen zu unterlassen. Wenn von polnischer Seite immer wieder verlangt wird, daß die Danziger Bevölkerung sich mit der gegen ihren Willen erfolgten Abtrennung vom Deutschen Reich abfinden soll, so haben die Polen alle Veranlassung, zunächst erst einmal darauf zu achten, daß die dem Freistaat verbrieften Rechte besonders von den verantwortlichen polnischen Behörden bei allen Gelegenheiten peinlich respektiert werden. Dann werden solche für beide Teile unerfreulichen Auseinandersetzungen, die auch das Ansehen beider Staaten nicht fördern, zukünftig vermieden werden können. Bei der exponierten Stellung, in der sich Danzig als Freistaat befindet, kann es nicht darauf verzichtet, auch nur das geringste seiner Rechte mit allem Nachdruck zu wahren.

Deutschnationale Landesverräter.

Bei dem Schicksal der Reichsarmee kam zunächst eine Reihe von... (text continues with political commentary on the Reichsarmee and national loyalty)

... (text continues with political commentary on national loyalty and the Reichsarmee)

Wer die Verräter sind.

Als Angehörige der Reichsarmee sind... (text discusses the role of Reichsarmee members and identifies traitors)

Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17

... (text begins a story or report about women in the old town, starting with 'Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17')

eine bestimmte bürgerliche Volksschicht am stärksten... (text discusses social classes and political movements)

Neue Regierungskrise in Braunschweig.

Am Vortag wurde das Misstrauensvotum der Unabhängigen gegen den der Deutschen Volkspartei... (text reports on a government crisis in Braunschweig)

Deutschbolschewistische Polizeischicht.

Der dem Münchener Volksgericht nahm am Donnerstag... (text discusses a police unit in Munich)

Der Moskauer Sozialistenprozess.

Der Moskauer Prozess gegen die Sozialisten... (text reports on a trial in Moscow)

sationen der Sozialrevolutionäre verhandelt, für welche... (text discusses social revolutionaries and negotiations)

Das Schicksal des Memellandes

wird in eigenartiger Weise durch mehrere politische... (text discusses the fate of the Memel region)

Regierungsforderungen der englischen Arbeiterpartei.

Am der 'Socialist Member' legt Trevelyan das Pro... (text lists demands of the English Workers Party)

Die Einigung im Ruhrgebiet.

Au der geistigen Revierkonferenz der freien Gew... (text reports on an agreement in the Ruhr region)

Die Erdungsgeselle auf Profitwirtschaft. Am... (text discusses profit-sharing in mining)

Die Schaffung eines Freigebietes im Kieler Hafen... (text discusses a free zone in the Kiel harbor)

Tamokverkehr von Dambura über Peteröburg nach... (text discusses shipping routes)

Die Werta'sche Schelle. Sie wollte wissen... (text discusses a ship named Werta)

... (text continues with the story of Werta's ship)

... (text continues with the story of Werta's ship)

... (text continues with the story of Werta's ship, including details about passengers and the crew)

Danziger Nachrichten.

Maßnahmen gegen den Milchwucher.

Bildung einer Kommission zur Festlegung des Milchpreises.
 In einer vom Senat einberufenen Sitzung zur Nachprüfung der Preisentwicklung des Milchpreises, die unter Vorsitz des Vorsitzenden der Deszernenten Kaufhaus, waren erschienen Vertreter des Bundes, der Verbands der Milchproduzenten, der Milchhändlerverbandes und des Milchverbands. Es wurde über die Milchpreise für Juni 1920 für das Liter und für 10 Liter von den Landwirten gefordert. Wenn der Milchpreis in Danzig, wo der Milchpreis bereits vor einem Monat von 0,20 Mark auf 0,30 Mark erholt war, von den Milchhändlern 5 Pfund und in Litva sogar 8,50 Mark pro Liter verlangt werden, so liegt hieraus kein Grund vor. Selbst wenn man in Betracht zieht, daß die Kleinbahnfrachten erhöht sind, würde bei einem Erzeugerpreis von 1,05 Mark ein Kleinverkaufspreis von 7 Mark pro Liter Milch durchaus gerechtfertigt sein. Die Verhandlung mit Ausnahme der Milchhändler gab deswegen ihrem Inhalt nach keinen Ausdruck, daß die Milchhändler ohne vorherige Verhandlung den Preis auf 8 Mark heraufgesetzt haben. Die allgemein verbreitete Ansicht, daß die Landwirte die Schuld an der Milchpreissteigerung hätten, ist hierdurch gänzlich widerlegt. Schuld an dieser letzten unangemessenen Preissteigerung der Milch hat allein der Zwischenhandel.

Weiterhin wurde in der Versammlung die Vertiefung und der Verkauf von Sahne nach Poppo auf das Schärfste verurteilt und die Ermahnung ausgesprochen, daß die Herstellung von Sahne unterbleiben müsse, solange nicht Milch im Ueberfluß in Danzig vorhanden ist. Eine entsprechende Verordnung, die die Herstellung von Sahne verbietet, ist bereits erlassen und wird streng anzuwenden werden. Ebenso sollen Maßnahmen getroffen werden, durch welche den Milchhändlern, die auf dem Lande und bei den Fabriken herumfahren und Butter zu jedem Preise aufkaufen, dieses Geschäft gelegt wird. Die Versammlung war einstimmig mit der Bildung einer Kommission zur Festlegung des Milchpreises einverstanden, die aus Vertretern des Milchhändlerverbandes, des Milchverbands und einheimischer Senatoren zu ernennenden Verbrauchern unter Vorsitz des anwesenden Deszernenten besteht.

Die Aufgabe dieser Kommission ist es, den Milchpreis nach Prüfung der Verhältnisse in angemessener Höhe festzusetzen und Uebervorteilungen der Deszernenten zu verhindern. Die Kommission wird entsprechend dem Verfahren ähnlicher Preisfestsetzkommmissionen im Deutschen Reich zu arbeiten.

Eine neue polnische Gefahr für Danzig.

Zu der polnischen Presse und nunmehr auch durch die amtliche polnische Telegraphenagentur wird folgende Meldung aus Paris verbreitet: „Der Präsident des Danziger Senats nahm in Paris gegen den polnisch-französischen Vertrag, auf Grund dessen Danzig ein polnischer Flottenstützpunkt werden soll, scharfen Protest er. Sen.“ So sehr die freie Stadt Danzig, die nach den Entscheidungen des Völkerbundes niemals eine Armee- oder Marinebasis sein darf, an einen derartigen, den genannten Beschlüssen unabweisenden Vertrag interessiert wäre, ist bisher über ein solches Abkommen hier amtlich nichts bekannt geworden. Wieviel das mit der Tatsache zusammenhängt, daß die auswärtigen Angelegenheiten der freien Stadt Danzig, bei dem durch den Vertrag des Vertrag vorgeschriebenen Umweg über Warschau vielfach eine längere Verzögerung erleiden, wird abzuwarten sein.

Eine folgenschwere Spiritusexplosion ereignete sich gestern nachmittag gegen 3 Uhr in der Wohnung des Kleinfürers Głowinski, Niedere Str. 23. Das Hauswädchen Efriede Weiland hantierte in der Küche mit einer gefüllten Spiritusflasche. Aus bisher unbekannter Ursache explodierte die Flasche, und die Kleider des Mädchens wurden im Augenblick in Flammen. Die auf die Hilfe herbeieilende Frau Głowinski erlitt bei dem Versuch, die Flammen zu löschen, ebenfalls nicht unerhebliche Brandwunden. Das Mädchen liegt in seiner Angst mit brennenden Kleidern auf dem Sofa heraus und stürzte sich in die Madonne. Nach bewußtlos hatte man die Bedienstete wieder herauf. Mittels Sanitätswagen brachte man beide Verletzte nach dem Krankenhaus. Das Hauswädchen hat so schwere Brandwunden erlitten, daß ein neues Antommomem gewickelt wird.

Während der Gerichtsferien, vom 15. Juli bis zum 15. September werden nur in bestimmten Fällen Termine abgehalten und Entscheidungen erlassen. Ferienförmlich sind Strafsachen, Arrestsachen und die eine einseitige Verfügung betreffenden Sachen, Miet- und Marktsachen, Streitigkeiten zwischen dem Vermieter und dem Mieter oder Untermieter von Wohnräumen und anderen Räumen oder zwischen dem Mieter und dem Untermieter solcher Räume wegen Ueberlassung, Benutzung oder Nöpfung sowie wegen Zurückzahlung der von dem Mieter oder Untermieter in die Mieträume eingebrachten Sachen, ferner Streitigkeiten zwischen Dienerschaft und Gesinde, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hinsichtlich des Dienst- und Arbeitsverhältnisses sowie gewisse Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsachen, Ansprüche aus Alimentationsachen, Wechseln und Kaufsachen, wenn über Fortsetzung eines angefangenen Kaufes geschrieben wird. In dem Verfahren vor den Amtsgerichten hat das Gericht auf Antrag auch andere Sachen als Ferienförmlich zu bezeichnen. Werden in einer Sache, die durch den Beschluß des Gerichts als Ferienförmlich bezeichnet wird, in einem Termin zur mündlichen Verhandlung einander widersprechende Anträge gestellt, so ist der Beschluß aufzuheben, sofern die Sache nicht besonderer Wichtigkeit bedarf. In dem Verfahren vor den Landgerichten soll das Gericht auf Antrag auch andere Sachen soweit sie besonderer Wichtigkeit bedürfen, als Ferienförmlich bezeichnen. Die Bezeichnung kann vorbehaltlich der Entscheidung des Gerichts durch den Marktschlichter erfolgen. Auf das Stellenbesetzungsverfahren, das Mahnverfahren, das Zwangsversteigerungsverfahren und das Konkursverfahren sind die Ferien ohne Einfluß.

Städtischer Kartoffelverkauf. Der Senat weist in der heutigen Nummer unserer Zeitung darauf hin, daß die Kartoffeln noch bis auf weiteres zu 1 Mk. für das Pfund ab-

gegeben werden. Die Verkaufsstellen Joleschhaus und Kleines Zeughaus sind einbezogen, dafür sind zwei neue im Altkatholischen Rathaus, Pfefferstraße, und in der früheren Garnisonbäckerei, Rielgraben, sowie in Langfuhr bei Porowölz, Hauptstraße 131, eingerichtet worden. Die anderen Verkaufsstellen bestehen unverändert fort. Das Weitere ergibt die Bekanntmachung.

Kommunistische Verräterei.

Die Danziger kommunistische Parteileitung hat es wieder einmal für notwendig zu befinden, daß es durchaus keinen Zweck hat, irgendwelche Abmachungen mit ihr zu treffen. So geben die Kommunisten heute ein Anknüpfen heraus, in dem unter Vermeidung und Angriffs auf die beiden sozialdemokratischen Parteien zu einer Demonstration gegen die Teuerung aufgerufen wird. Derzeit wahrheitswidrig wird in dem Anknüpfen behauptet, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaftsbund es abgelehnt hätten, gemeinsam gegen die Teuerung vorzugehen. In Wirklichkeit ist von den drei politischen Parteien und dem Gewerkschaftsbund vereinbart worden, daß bei einer weiteren Aufspaltung der Situation, der Gewerkschaftsbund die Initiative zu einer Protestkundgebung erlassen soll. Als überholt abgelehnt wurde nur eine von den Kommunisten außerordentlich verspätet angeregte Demonstration bezüglich der Vorgänge in Deutschland. Ueber die einstimmig getroffenen Vereinbarungen steht die Parteileitung einfach hinweg und ruft zu einer Sonderveranstaltung auf, bei der auch angeblich für die „Einheitsfront“ demonstriert werden soll. Was es damit auf sich hat, erfährt die Arbeiterschaft am treffendsten aus diesem neuen kommunistischen Vertrauensbruch. Die Arbeiter, die es mit der Herbeiführung der Einheitsfront ernst meinen, dürfen diese kommunistische Sonderaktion unter keinen Umständen unterstützen. Es wird noch Gesagtes sein, sich ausführlich mit diesen kommunistischen Verräterei zu beschäftigen. Nur heute gilt nur das eine: Kein Arbeiter unterstützt diese neuen Verpöthungsstreiche!

Rundschau auf dem Wochenmarkt.

Man kann an jedem Markttage nur immer feststellen, daß die Preise für Lebensmittel zum Leidwesen aller münderbemittelten Verbraucher sehr gestiegen sind. Trotzdem laßt der Unternehmer fröhlich, zu Lohnermäßigungen keine sein Grund vor.

Ein Pfund Kartoffeln kostet 5 Mk., ein Bündchen Mohrrüben 4-5 Mk., 10 Kohlrabi-Knospen kosten 20 Mk. Ein Pfund Schoten kostet 12-15 Mk. Ein Bündchen Zwiebeln 2,50 Mk. Ein winziges Köstchen Blumenkohl kostet 12 Mk. Ein Pfund Pfefferkörner kostet 24 und 26 Mk. Eine Gurke kost 35-45 Mk. kosten. Ein Pfund Schneeböhmchen, sogenannte Schneeböhmchen, kosten 15 Mk. Zum Gemüse gehört Fett, doch man höre und staune: Ein Pfund Schmalz kostet 80-90 Mk. Ein Pfund Butter kostet 100-120 Mk. Eibschuppen sind gesund, wer kann aber das teure Obst kaufen, zumal der Zucker immer teurer wird? Ein Pfund Blaubeeren kostet 7-9 Mk. Saure Kirichen kosten 25 Mk. Ehrkrichen 15, 18 und 20 Mk. pro Pfund. Eier kosten die Mandel 75-80 Mk.

Die Blumen steigen ebenso fleißig im Preise wie die Lebensmittel. Für eine Hortensie auf das Grab unserer Heimgegangenen werden 35-45 Mk. verlangt. Eine Rose nebst Grün kost schon 10 Mk. kosten.

In der Halle kann man kaum weiterkommen, so viele Marktbesucher schieben sich an den Ständen vorbei. Die von der Arbeit ausgehert er Männer überzeugen sich selber von der wahnsinnigen Preissteigerung. Für Schweinefleisch werden 80 Mk. für Rindfleisch 55-60 Mk. und für Hammel- und Kalbfleisch 38-45 Mk. für ein Pfund verlangt.

Auf dem Fischmarkt kosten Räucherbismern heute schon 4 Mk. das Pfund. Grüne Kote kosten pro Pfund 56 und 60 Mk. Quappen kosten auch schon 16 Mk. das Pfund kosten. Einige Frauen mit frischen Blumen wurden ihre Ware reichend los, obwohl das Pfund auch schon 12 und 14 Mk. kostete.

Wie soll es nur werden? Den Arbeitern kann man nur immer zornen: Meist organisiert! Denn an der geistigen Trägheit der Arbeiter hat der Unternehmer seine Freude; er hat dann leichtes Spiel. Nur Einigkeit macht stark! Traute.

Eine neue Brot- und Mehlpreiserhöhung! In der heutige Ausgabe unserer Zeitung veröffentlicht der Senat eine Verordnung über Erhöhung des Brot- und Mehlpreises auf 7,50 Mark für 1 Kilogramm Brot. Zugleich wird bekanntgemacht, daß der Verkaufspreis für das auf Marken zu veranschlagende Roggen- und Weizenmehl 8,90 Mark pro Kilogramm beträgt. Die Preise treten am Montag, den 17. Juni in Kraft. — Unangebracht ist es, wenn der Senat in einer Zuschrift an die Presse auf die deutschen Brotpreise hinweist. Wer sich mit dem Unternehmertum verbindet, hat kein Recht, sich auf die deutschen Brotpreise zu berufen.

Die Volkseindlichkeit der „Danziger Neuen Nachrichten“ wird wieder einmal bewiesen durch nachstehende Nachricht, die sie in ihrer Freitag-Nummer veröffentlichte:

Der soziale Ausgleich. Aus Bismarckstein (Danzig) wird gemeldet: Die nach dem Befoldungsbescheid erforderliche verbundene Mehrausgabe für die städtischen Beamten wurde bewilligt. Hiernach erhält n. a. der Bürgermeister Dr. Duesch 84 925 Mark und der Schuldner 67 400 Mark. Diese tendenziöse Meldung geht durch die gesamte monarchistisch reaktionäre Presse, unter ausschließlicher Berücksichtigung der näheren Umstände. Die angegebenen Zahlen erklären sich aus der Tatsache, daß Dr. Mehl noch in jüngeren Jahren, unverheiratet und erst seit kurzem in Bismarckstein tätig ist. Der Schuldner ist seit langen Jahren im Amte und hat eine überaus zahlreiche Familie, für die er Kindererhalt erhält. Kein vernünftiger Mensch wird davon Anstoß nehmen.

Die Beschäftigung ländlicher Arbeitskräfte. Vom Senat wird uns geschrieben: Bei vielen Arbeitgebern herrscht die irrümliche Auffassung, daß sie nicht die Möglichkeit besitzen, ländliche Arbeitskräfte in städtischen Haushaltungen zu beschäftigen. Wichtig ist es, daß nach der Verordnung des Demobilisationskommissars vom 9. Januar 1919 der Bezug und die Beschäftigung ländlicher Arbeitskräfte, insbesondere von Hausangestellten und Dienstmädchen, verboten ist. Dieses Verbot bezieht sich aber auf die gewerbmäßigen Stellenvermittlungen und auf alle nicht gewerbmäßigen

Arbeitsnachweise, die keinen öffentlichen Charakter tragen. Es gilt aber nicht für die öffentlichen Arbeitsnachweise, die aus Mitteln der Gemeinden oder der Städte unterhalten werden. Diese öffentlichen Arbeitsnachweise sind also berechtigt, bei günstiger Lage der Arbeitsverhältnisse die Beschäftigung ländlicher Arbeitskräfte außerhalb der Gemeindeverwaltung auszulassen. Arbeitgeber, die sich der Vermittlung der öffentlichen Arbeitsnachweise bedienen und die Genehmigung zur Beschäftigung ländlicher Arbeitskräfte erhalten, sind also berechtigt, sie auch außerhalb der Gemeindeverwaltung zu verwenden und bleiben kraftlos. Am 1. Juli 1920 ist für die Beschäftigung ländlicher Arbeitskräfte in städtischen Haushaltungen das städtische Arbeitsamt entstanden, das sich in den Räumen des früheren Kommunalarbetsamtes, Altkatholischer Waisen Nr. 12, befindet. Bewerbungen um diese Stellen können an diese Stelle schriftlich oder auch mündlich von Dienstmädchen mündlich gerichtet werden. Insbesondere ist das Arbeitsamt unter den Nummern 89 und 90 zu erreichen.

Modenkau in Poppo. Man mag die Mode der heutigen Zeit ablehnen und sich für das höchste Maß an Aufwand des alten Modens begeistern; man mag sogar auch Anhänger der Fadkultur sein, dem Einfluß der herrschenden Mode ist man trotzdem unterworfen. Wenn in die erste Triebfeder der Mode die Zucht, die vor der breiten Masse in der Kleidung hervorsticht. Bald aber bahnt sich die neue Mode auch ihren Weg in die breiten Volksmassen. Wäre es nur der Wunsch, dem anderen Geschlecht durch eine schöne Kleidung mehr zu gefallen, so hätte man viele hübsche Mode nicht verschwinden brauchen. Aber wenn die neue Mode in die breiten Volksmassen dringt, dann hat auch für die Arbeiterklasse bereits geschlagen. Wenigstens für die oberen Hunderttausend, denen dann die Modeschmücker aus Paris und London mit neuen Erzeugnissen aufwarten. Aber trotzdem kann auch der fanatischste Anhänger einer proletarischen Kleiderkultur heute noch mit ganz abtrotzen an den Erscheinungen der Mode vorbeiziehen.

Wegern führte das heutige Modeschmücker Gebr. Frenmann im Poppoer Stadttheater dem zahlungsfähigen Publikum die neuen Moden vor. Es gab es Promenaden, Soubö und Konvertitellen, da konnte man schauen, wie sich eine Dame der Welt beim Sport und auf der Reise kleidet, was sie beim Schlafengehen und Aufstehen anzieht, und man bekam wieder einmal einen Begriff davon, wieviel Kopfzerbrechen solchen Weltmännern die Kleiderfrage macht. Sie können nur froh sein, daß sie sich um andere Dinge, die den meisten Menschen viel Kopfzerbrechen machen, nicht kümmern brauchen.

Die künstlerische Leitung der ganzen Veranstaltung hatte Helina Prede vom Danziger Stadttheater. Poppoer Bühnenkünstler und russische Kunstkräfte bemüht sich, das zahlreiche Publikum über die unendlich langen Pausen hinwegzutrotzen.

Wochenplan des Wilhelmtheaters. Sonnabend und Sonntag: „Detektivmord“. Montag: „Schön dich Pötte“. Dienstag: „Der letzte Wäher“. Mittwoch: Zum ersten Male: „Der blonde Engel“, Operette. Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Sonntag: „Der blonde Engel“, Operette; 8 Uhr abends.

Poppo. Die Lebensmittel verteuert werden beweis folgender Vorfall, der uns von einem Augenzeugen geschildert wird: Eine Frau brachte Butter und Eier zum Verkauf in die Stadt. Nach dem Preise gefragt, erklärte sie, auf dem Markt sich erst nach den Preisen erkundigen zu wollen. Der Kaufmännig hat die Frau, ihm 4 Pfund für 6 Mk. zu überlassen. In dem gleichen Moment kam eine „Dame“ hinzu und sagte: „Was, 45 Mark? 4 Pfund Butter kostet jetzt überall 60 Mark!“ Wenn Käufer sich derartig im Preise überbieten, braucht man sich nicht zu wundern, daß die Erzeuger immer begehrlicher werden.

Altebarte Aufgefundenen Leiche. Die Leiche des in der Finanzverwaltung arbeitenden Johann Albrecht ist geborgen worden; sie wurde nach Freigabe durch die Polizeibehörde auf dem Friedhof in Tiegenort beerdigt.

Standesamt vom 15. Juli 1922.

Todesfälle: Hilber Wilhelm Arleg, 65 J. 2 M. — Dispontent Max Pohlmann, 47 J. 5 M. — Frau Martha Dörring geb. Heusch, 86 J. 6 M. — Hauswädchen Efriede Weiland, 13 J. 5 M. — Privatsekretär Paul Amasulewski, 64 J. 8 M.

Heutiger Devisenkurs in Danzig.

Polnische Mark:	8,20	am Vortage	8,76
Amer. Dollar :	443	„	466
Englisches Pfund:	1950	„	2050



Wasserstandsberichte am 15. Juli 1922.

13. 7. 14. 7.	Kurzbrack	+ 0,39	+ 0,32
13. 7. 14. 7.	Montanerpipe	- 0,12	- 0,18
13. 7. 14. 7.	Pielzel	- 0,31	- 0,37
13. 7. 14. 7.	Dirschau	- 0,16	- 0,24
13. 7. 14. 7.	Einlage	+ 2,34	+ 2,32
13. 7. 14. 7.	Schleusenort	+ 2,60	+ 2,56
13. 7. 14. 7.	Wogat:		
13. 7. 14. 7.	Schönau D. P.	+ 6,32	+ 6,74
13. 7. 14. 7.	Galgenberg D. P.	+ 4,62	+ 4,64
13. 7. 14. 7.	Reuhorsterbach	+ 2,20	+ 2,26
13. 7. 14. 7.	Ruwachs	+ 1,28	+

Verantwortlich für Politik Fritz Weber, Danzig; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Franz Adomat, Dbra; Ankerate Anon in Posen, Danzig. Druck von F. Gehl u. Co., Danzig.

Gosda Schnupftabak

garantiert rein gekachelt
 Ueberall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Häkergasse 8.

